



Detailansicht des Registereintrags

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. - Technisch-wissenschaftlicher Verein

Stand vom 18.03.2026 09:35:05 bis 30.03.2026 12:03:46

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000916
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	18.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Josef-Wirmer-Str. 1 - 3 53123 Bonn Deutschland Telefonnummer: +4922891885 E-Mail-Adressen: info@dvgw.de Webseiten: www.dvgw.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Robert-Koch-Platz 4 10115 Berlin Telefonnummer: +493079473660 E-Mail-Adresse: buero-berlin@dvgw.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

660.001 bis 670.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,94

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Gerald Linke**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Dr. Wolf Merkel**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (21):

1. **Robert Ostwald**
2. **Berthold Niehues**
3. **Frank Dietzsch**
4. **Jörg Höhler**
5. **Björn Munko**
6. **Tilman Wilhelm**
7. **Markus Last**
8. **Olga Langolf**
9. **Marika Holtorff**
10. **Peter Frenz**
11. **Frank Gröschl**
12. **Andreas Schrader**
13. **Dr. Daniel Petry**
14. **Frédéric Verrycken**
15. **Sarah Schönberger**
16. **Schwarz Stefanie**
17. **Dr. Dirk Waider**

18. **Johanna Kreienborg**
19. **Gunar Schmidt**
20. **Prof. Dr. Gerald Linke**
21. **Dr. Wolf Merkel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

13.600 Mitglieder am 31.12.2024, davon:

9.693 natürliche Personen

3.907 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):

1. BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
2. Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)
3. Forum für Zukunftsenergien e.V.
4. German Water Partnership e.V.
5. Weltenergieerat Deutschland e. V.
6. Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
7. Wuppertaler Kreis e.V.
8. EUREAU European Federation of National Associations of Water Services

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Land- und Forstwirtschaft; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. ist ein technisch-wissenschaftlicher Verein. Zentrale Werte des DVGW sind seine Kompetenz und seine Objektivität Er ist innovativ, kooperativ und dem Gemeinwohl verpflichtet. Der Verein hat den Zweck, das Gas- und Wasserfach in technischer und technisch-wissenschaftlicher Hinsicht unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit, des Umwelt- und Verbraucherschutzes, des Vorsorgeprinzips, der Hygiene sowie von Qualitätsaspekten zu fördern. Darüber hinaus übernimmt er im Rahmen dieses Zwecks auch Aufgaben in anderen Bereichen des Energiefachs. Der DVGW steht dazu in ständigem Austausch mit Vertretern von Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik und veranstaltet Fach- und Diskussionsveranstaltungen und ähnliche Austauschformate. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

- a) Ausarbeitung und Verbreitung des DVGW-Regelwerkes,

- b) Mitarbeit an einschlägigen Normen,
- c) Einrichtung und Unterhaltung des DVGW-Prüf- und Zertifizierwesens,
- d) Einrichtung und Unterhaltung des DVGW-Sachverständigenwesens,
- e) Sammlung, Auswertung und Verbreitung von technischen und technisch- wissenschaftlichen Kenntnissen, Untersuchungen, Betriebsergebnissen, technisch-statistischen Unterlagen, Schriften u.Ä.,
- f) Anregung, Entwicklung, Durchführung und Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie technisch-wissenschaftlichen Arbeiten,
- g) Entwicklung, Durchführung und Förderung von Maßnahmen der wissenschaftlichen und beruflichen Bildung und Information,
- h) fachliche Zusammenarbeit sowie Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit anderen Institutionen im In- und Ausland (z.B. Politik, Ministerien, Behörden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Verbänden) und Verbrauchern,
- i) fachliche Beratung von Mitgliedern und anderen einschließlich Erstattung und Vermittlung von Gutachten.

Der Verein ist bei seiner Arbeit und Beschlussfassung unabhängig und unparteiisch gegenüber politischen und wirtschaftlichen Interessen. Bei der Aufstellung des Regelwerkes und der Normen richtet sich die Tätigkeit des Vereins nach technisch-wissenschaftlichen Notwendigkeiten.

Konkrete Regelungsvorhaben (27)

1. Kohlendioxidspeicherung und Kohlendioxidtransport

Beschreibung:

Deutschland muss gemäß dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) bis zum Jahr 2045 das Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität erreichen. Zudem sollen nach dem Jahr 2050 negative Treibhausgasemissionen erreicht werden. Das BMWK schlägt für die Zielerreichung die Nutzung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Gesteinsschichten (Carbon Dioxide Capture and Storage, im Folgenden „CCS“) vor. Der DVGW befürwortet die Änderung des gesetzlichen Rahmens, um die Abscheidung, den Transport, die Nutzung und die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid zu ermöglichen, unter der Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speichergesetzes

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406110002 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Mindestanforderung a. d. Wiederverwendung kommunalen Abwassers für die landwirtschaftl. Bewässerung

Beschreibung:

Der DVGW begrüßt die mit der Änderung des WHG geplante Ergänzung und Durchführung der Verordnung (EU) 2020/741 über Mindestanforderungen an die Wiederverwendung kommunalen Abwassers für die landwirtschaftliche Bewässerung. Aber er hält es für den vorsorgenden Schutz der Trinkwasserressourcen für zwingend erforderlich und möglich, bereits im WHG den Ausschluss der Wasserwiederverwendung auf die Schutzzone III von Wasserschutzgebieten und Trinkwassereinzugsgebiete gemäß WHG und TrinkwEGV auszuweiten.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.03.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406110003](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [Übergangsregelung zu Sicherheitsanforderungen, Prüfungen von Umstellungsvorhaben](#)

Beschreibung:

§113c Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) „Übergangsregelungen zu
Sicherheitsanforderungen;
Anzeigepflicht und Verfahren zur Prüfung von Umstellungsvorhaben“

Betroffenes geltendes Recht:

[EnWG 2005](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406110004](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. [Entfristung der Ausnahmegenehmigung für Aufbereitungsstoffe gemäß § 21 Abs. 5 TrinkwV](#)

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben sieht die Entfristung der befristeten Ausnahmegenehmigung für Aufbereitungsstoffe gemäß § 21 Abs. 5 der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) vor. Diese Ausnahmegenehmigung, die ursprünglich bis zum 31. Dezember 2025 befristet war, soll dauerhaft verlängert werden. Hintergrund ist die anhaltende Mangelsituation bei Aufbereitungsstoffen, die durch verschiedene Faktoren wie industrielle Prozessveränderungen, geopolitische Ereignisse und Rohstoffverknappungen verursacht wird. Die Entfristung soll Wasserversorgungsunternehmen rechtliche Sicherheit bieten und sicherstellen, dass auch bei geringeren Reinheitsgraden der Aufbereitungsstoffe die Trinkwasserqualität gemäß den Anforderungen der TrinkwV gewährleistet bleibt.

Betroffenes geltendes Recht:

[TrinkwV 2023](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409300011](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. [NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz \(NIS-2-UMSUCSG\)](#)

Beschreibung:

Die NIS-2-Richtlinie legt Maßnahmen fest, mit denen ein gemeinsames Cybersicherheitsniveau innerhalb der EU sichergestellt werden soll. Das NIS-2-UMSUCSG sieht u.a. vor, IT-Sicherheitsvorgaben und Meldepflichten für IT-Sicherheitsvorfälle auf mehr Unternehmen in mehr Sektoren auszuweiten sowie die IT-Sicherheit der Bundesverwaltung zu stärken.

Das KRITISDachG setzt u.a. die gesetzlichen Mindestvorgaben im Bereich der physischen Sicherheit für Betreiber der Kritischen Infrastrukturen in allen Sektoren fest, um die Kritischen Infrastrukturen umfassend gegen Gefahren zu schützen. Ferner sollen diese Regelungen die bereits bestehenden Vorgaben im Bereich der Cybersicherheit Kritischer Infrastrukturen ergänzen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

NIS-2UMSUCSG

Datum des Referentenentwurfs: 07.05.2024

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz \(BMWK\) \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[EnWG 2005](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BSIG 2009](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409300012](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieranlagen (GeoWG)

Beschreibung:

Das Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern (GeoWG) zielt darauf ab, die Genehmigungsverfahren für diese Anlagen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dies soll durch eine uneingeschränkte Feststellung des überragenden öffentlichen Interesses, Regelungen zum vorzeitigen Beginn, vereinfachte berg- und wasserrechtliche Genehmigungserfordernisse sowie verkürzte Beteiligungspflichten der zuständigen Behörden erreicht werden. Der DVGW weist jedoch darauf hin, dass der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung in Wasserschutzgebieten und Trinkwassereinzugsgebieten weiterhin gewährleistet sein muss.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/13092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409300060 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Umsetzung der EU-Gas/H2-Binnenmarkt-Richtlinie (2024/1788) in nationales Recht (hier: Energiewirtschaftsgesetz). Umsetzung der Artikel 56, 57 und 38

Beschreibung:

Im Rahmen der „Koordinierungsstelle für die integrierte Netzentwicklungsplanung Gas und Wasserstoff“ (KO.NEP) haben Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) und Verteilnetzbetreiber (VNB) gemeinsam mit den Verbänden FNB Gas, BDEW, VKU, DVGW, GEODE und der

Initiative H2 vor Ort einen Arbeitskreis Netztransformation etabliert. In diesem erfolgt insbesondere eine Verzahnung der Netzentwicklungsplanung auf VNB- und auf FNB-Ebene, um ein abgestimmtes Prozessverständnis der Netzbetreiber zu erlangen.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2409300073 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2409300075 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. DVGW-Handlungsempfehlungen zu Kraftwerksstrategie und Kraftwerkssicherheitsgesetz

Beschreibung:

Der DVGW begrüßt die Vorlage von Eckpunkten für ein Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) zur Umsetzung der Kraftwerksstrategie (KWS) durch das BMWK und die Möglichkeit, diese zu kommentieren. Wasserstofffähige Kraftwerke und KWK-Anlagen ermöglichen in einem Stromsystem, welches immer größere Anteile Erneuerbare Energien integriert, die Bereitstellung gesicherter Leistung im Falle der nicht vorhandenen Versorgung durch Wind- und Solarenergie. Ein Aufbau dieser Kraftwerkskapazitäten ist daher eine wichtige Maßnahme für eine resiliente Transformation. In die Weiterentwicklung der Eckpunkte sollten insbesondere die weiteren Aspekte einbezogen werden. Diese werden im Rahmen der DVGW-Stellungnahme im Detail ausgeführt.

Betroffenes geltendes Recht:

KWKG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410230011 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für gesicherte Kraftwerksleistung

Beschreibung:

Das Kraftwerkssicherheitsgesetz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ergänzt und verstärkt die Nationale Wasserstoffstrategie und zielt darauf ab, in substantiellem Umfang neue, steuerbare, moderne, hochflexible und klimafreundliche Erzeugungskapazitäten auf Basis von Wasserstoff zu schaffen. Die Wasserstoff-Nachfrage durch die Kraftwerke leistet dabei einen Beitrag für den Wasserstoffhochlauf insgesamt. Daneben sollen Langzeitstromspeicher und neue Stromerzeugungskapazitäten zur Versorgungssicherheit geschaffen werden. Der DVGW unterstützt die Verabschiedung eines Kraftwerkssicherheitsgesetzes, sieht aber Änderungsbedarf bei der Ausgestaltung des Gesetzes (siehe DVGW-Stellungnahme).

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für gesicherte Kraftwerksleistung (Kraftwerkssicherheitsgesetz)

Datum des Referentenentwurfs: 28.11.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]; KWKG 2016 [alle RV hierzu]; KWKAusV [alle RV hierzu]; EnFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411280009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundeswaldgesetzes

Beschreibung:

Das Bundeswaldgesetz vom 8. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist (BWaldG gF), soll ergänzt werden, um insbesondere zentrale Herausforderungen, namentlich die Klima- und Biodiversitätskrise, in Bezug auf das Waldrecht angemessen zu adressieren und die Rahmenbedingungen für die Erhaltung der Wälder und vielfältigen, gesellschaftlich unverzichtbaren Ökosystemleistungen im Klimawandel an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundeswaldgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 29.11.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BWaldG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412020007 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

11. BMWK-Konsultation zur Systementwicklungsstrategie 2024

Beschreibung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat am 15.11.2024 die Systementwicklungsstrategie (SES) 2024 veröffentlicht. Gleichzeitig hat das BMWK eine Konsultation zur SES 2024 gestartet. Die Konsultationsergebnisse dienen als Grundlage für die Entwicklung der nächsten Strategie (SES 2027), zu deren Vorlage die Bundesregierung gemäß § 12a EnWG verpflichtet ist

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2501310003](#) (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

12. [BNetzA-Festlegungsverfahren ZuBio \(BK7-24-01-010\). Regelungen zur Einspeisung von Biogas ins Gasnetz](#)

Beschreibung:

Wesentlichster Kritikpunkt ist das völlige Fehlen von Kriterien und Kostenbereichen (Kosten etwa für den Netzanschluss, den Betrieb und etwaige Folgekosten) durch den Gesetzgeber sowie

fehlende Verweise auf bestehende oder zeitnah zu definierende Regelungen, die zu einem Versagen der Einspeisung aus wirtschaftlichen Erwägungen führen.

Art. 38 Abs. 4 RL (EU) 2024/1788 fordert die Definition der Verweigerungsgründe und -Bereiche

durch die Mitgliedsstaaten bis zum August 2026.

Das völlige Fehlen von klar definierten Kriterien führt aus Sicht des DVGW

- zu vermeidbaren Risiken und Spannungsverhältnissen, insbesondere für Netzbetreiber und Einspeiser bei der pressierenden Transformation der Gasnetze

- zu einer Rechtsunsicherheit.

Betroffenes geltendes Recht:

[EnWG 2005](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2502140001](#) (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. **BNetzA-Festlegungsverfahren in Sachen Wasserstoff Ausgleichs- und Bilanzierungsgrundmodell (WasABi), BK7-24-01-014**

Beschreibung:

Mit dem Festlegungsverfahren soll der Zugang zu den Wasserstoffnetzen in Deutschland auf Basis der gesetzlichen Vorgaben des europäischen und nationalen Rechts näher ausgestaltet und konkretisiert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Festlegungsverfahren in Sachen Wasserstoff Ausgleichs- und Bilanzierungsgrundmodell (WasABi), 2. Konsultation

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502280001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

14. **Entwurf einer Verordnung zur Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung**

Beschreibung:

Die Stoffstrombilanzverordnung (StoffBilV) sollte einen nachhaltigen und ressourceneffizienten Umgang mit Nährstoffen in der Landwirtschaft fördern und Transparenz schaffen. Seit dem Wegfall zentraler Regelungen zum 31. Dezember 2022 kann sie diese Ziele jedoch nicht mehr erfüllen. Die verbleibenden Pflichten verursachen erheblichen bürokratischen Aufwand, ohne wirksame Steuerung zu gewährleisten. Daher wird die vollständige Aufhebung der Verordnung angestrebt, um rechtliche Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen. Das Vorhaben setzt eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um und ist Teil des Sofortprogramms der Bundesregierung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf der Aufhebungsverordnung vom 3. Juni 2025

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

DüngG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300020 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

15. Verbändeanhörung: Gesetzentwurf zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Beschreibung:

Durch dieses Gesetz soll die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid in unterirdischen Gesteinsschichten des Festlandsockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone zu kommerziellen Zwecken im industriellen Maßstab ermöglicht und ein einheitliches Zulassungsregime für alle Kohlendioxidleitungen geschaffen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 03.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507040004 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Versendet am 15.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2509190005 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

16. Verbändeanhörung: Referentenentwurf RED III Umsetzung in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf setzt die planungs- und genehmigungsrechtlichen Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 in den Bereichen Windenergie auf See sowie Stromnetze um.

Es werden Änderungen im Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (Windenergie-auf-See-Gesetz, WindSeeG), im Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz) sowie im Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vorgenommen.

Betroffenes geltendes Recht:

WindSeeG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507080010 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

17. Gesetzesentwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes

Beschreibung:

Kernstück des Entwurfs ist eine Novelle des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, die u.a. der Umsetzung der

Elektrizitätsmarktdesignrichtlinie dient. Der Entwurf enthält zudem Regelungen zur Abwendung von Versorgungsunterbrechungen inner- und außerhalb der Grundversorgung sowie Regelungen für eine Übergangsversorgung in Mittelspannung und Mitteldruck. Auf Grund der sehr knappen Frist wurde in der Stellungnahme nur das Messstellenbetriebsgesetz berücksichtigt

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1497 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften sowie zur rechtsförmlichen Bereinigung des Energiewirtschaftsrechts (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290013 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

18. Referentenentwurf für ein Geothermiebeschleunigungsgesetz (GeoBG)

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf greift die Vereinbarung im Koalitionsvertrag „schnellstmöglich ein verbessertes Geothermie-Beschleunigungsgesetz auf den Weg zu bringen“ auf. Zugleich soll damit ein Beitrag zur Erreichung des im Koalitionsvertrag verankerten Ziels der Bundesregierung geleistet werden, die Wärmeversorgung zu defossilisieren. Ziel des Gesetzentwurfs ist es daher, die Erschließung des energetischen Potentials der Geothermie, den Ausbau der klimaneutralen Wärme- und Kälteversorgung durch Wärmepumpen sowie den Transport und Speicherung von Wärme zu beschleunigen

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 382/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen,

Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

UVPG [alle RV hierzu]; VwGO [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290012 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

19. Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WassBG)

Beschreibung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Juli 2025 den Referentenentwurf zum WassBG vorgelegt. Mit dem WassBG sollen klare Fristen gesetzt und Genehmigungsverfahren vereinfacht und schneller werden, um den der Markthochlauf von Wasserstoff deutlich zu beschleunigen

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/2506 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

ROG 2008 [alle RV hierzu]; VwGO [alle RV hierzu]; BBergG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507290011 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

20. Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze

Beschreibung:

Dieser Gesetzentwurf setzt die planungs- und genehmigungsrechtlichen Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 in den Bereichen Windenergie auf See sowie Stromnetze um. Es werden Änderungen im Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See (Windenergie-auf-See-Gesetz, WindSeeG), im Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz) sowie im Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) vorgenommen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1491 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie (RED III) in den Bereichen Wind auf See und Stromnetze (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

WindSeeG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; NABEG [alle RV hierzu]; BKompV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507290010** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

21. **GEG technologieoffene, unbürokratische Gestaltung inkl. FAUNA**

Beschreibung:

Neufassung des GEG hin zu einer technologieoffenen, praktikablen, rechtssicheren, auf Klimaneutralität ausgerichteten Gebäude-Energiewende

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509030001** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

22. **Änderung §14 KRITIS-DachG von einer verpflichtenden Nutzung des IT-Sicherheitsstandards zur optionalen Nutzung.**

Beschreibung:

Der DVGW schlägt für den Sektor Wasser eine Änderung des § 14 Absatz 2 Satz 2 KRITIS-DachG vor.

In Absatz 2 Satz 2 sprechen wir uns dafür aus, das Wort "sollen" durch das Wort "können" zu ersetzen. Darüber hinaus ist der Verweis auf § 30 Absatz 10 des BSI-Gesetzes zu korrigieren.

Um klarzustellen, dass – da, wo sinnvoll – ein vom BSI bereits anerkannter branchenspezifischer IT-Sicherheitsstandard auch als Grundlage eines branchenspezifischen Resilienzstandards gemäß KRITIS-Dachgesetz genutzt werden kann, aber nicht überall möglich ist, muss die Möglichkeit bestehen, einen davon unabhängigen branchenspezifischen Resilienzstandard gemäß § 14 Absatz 1 Satz 1 KRITIS-Dachgesetz zu erstellen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509160004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

23. Verweis im EnWG zur Zusammenarbeit bei regionaler Transformationsplanung (KoV)**Beschreibung:**

Das Vorhaben sieht vor, im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) einen Verweis auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Netzbetreibern im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung (KoV) aufzunehmen. Ziel ist es, die regionale Transformationsplanung für Gas- und Wasserstoffnetze zu stärken, ohne eine gesetzliche Verpflichtung zur Kooperation einzuführen. Die Netzbetreiber sollen die Details der Zusammenarbeit vertraglich innerhalb der KoV regeln können. Dies ermöglicht eine abgestimmte regionale Planung, die als Grundlage für den nationalen Netzentwicklungsplan dient und die Genehmigung durch die zuständige Behörde erleichtert

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.11.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511190007](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

24. **RefE zur EnWG-Novelle zur Umsetzung der EU-Gas/H2-Binnenmarkt-Richtlinie**

Beschreibung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) hat am 04.11.2025 die

Verbändeanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpaketes eingeleitet. Der geltende Rechtsrahmen für den Erdgasbinnenmarkt umfassend weiterentwickelt sowie ein Ordnungsrahmen für erneuerbare Gase und Wasserstoff geschaffen, um die Dekarbonisierung der Energiemärkte und das Ziel der Klimaneutralität in der Europäischen Union weiter voranzutreiben. Damit liegt auch erstmals ein umfassender europäischer Ordnungsrahmen für den entstehenden Wasserstoffmarkt vor.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpaketes (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 04.11.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2511250001](#) (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

25. **Erstellung eines Positionspapiers und einer Stellungnahme zum Entwurf der Düngegesetzesnovelle**

Beschreibung:

Mit unseren Regelungsvorhaben Positionspapier und Stellungnahme möchten wir auf notwendige Anpassungen im Düngegesetz und in der Düngeverordnung und auf notwendige Inhalte eines neuen Wirkungsmonitorings hinweisen.

Referentenentwurf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 15.01.2026

Federführendes Ministerium: BMLEH [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

DüngG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2602110002 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

2. SG2602180004 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [alle SG dorthin]

26. **Abbau regulatorischer Hürden für den Wasserstoffhochlauf**

Beschreibung:

Das Vorhaben adressiert zentrale Hemmnisse für den Hochlauf von Wasserstoff: Überarbeitung der RFNBO-Regelungen, Anpassung der Vorgaben zu Low-Carbon-Wasserstoff, Korrekturen der nationalen FAUNA-Festlegung sowie Etablierung tragfähiger Markt- und Vertragsstrukturen.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603020009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

27. Europäische Verordnung zu Methanemissionen, Durchführungsrechtsakt LDAR**Beschreibung:**

In der aktuellen Diskussion zum Durchführungsrechtsakt (IA LDAR) werden Rahmenbedingungen aus der Gasproduktion (Upstream) und dem Gasfernleitungstransport (Midstream) berücksichtigt und gleichzeitig die Technologieoffenheit auch für zukünftige Methoden eingeschränkt. Bis die technische Machbarkeit belegt ist, sollte auf bewährte Verfahren und Ausrüstungen aus der Sicherheitsüberwachung gesetzt werden

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603180006 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (41):

1. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
ERWAS - Verbundprojekt Demo-BioBZ: Entwicklung und Demonstration einer energieeffizienten bio-elektrochemischen Abwasserbehandlung im technischen Maßstab mit Einhaltung gesetzlicher Anforderungen zur Ablaufqualität; Teilprojekt 4
2. **European Commission**
Europäische Union
Brüssel
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
"Testing Hydrogen admixture for Gas Applications' —
"THyGA"
3. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 260.001 bis 270.000 Euro
Verbundvorhaben InnoSyn: Innovative Syntheseprozesse zur Erzeugung chemischer Energieträger aus grünem Wasserstoff in lastflexiblen Blasensäulenreaktoren
4. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro
Verbundvorhaben TransHyDE_UP2: GETH2: Infrastrukturelle und betriebstechnische Aspekte bei der Umstellung von Erdgastransportleitungen und Wasserstoffbetrieb und beim Neubau von Wasserstoffnetzen - Teilvorhaben DVGW: Wissenschaftliche Untersuchungen zu Aspekte der Gasbeschaffenheit und der Volumenstrommessung
5. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro
Verbundvorhaben TransHyDe-Sys: Systemanalyse zu Transportlösungen für grünen Wasserstoff - Teilvorhaben des DVGW: Analyse von PtX-Bereitstellungsoptionen und Gasinfrastrukturbedarf für den Transport von grünem Wasserstoff, EE-Methan und CO2
6. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Verbundvorhaben H2Mare_VB3: TransferWind - H2Mare Forschungs-Transfer -
Teilvorhaben: Betrachtung der Aspekte bei der Konzeptionierung einer offshore PtX-
Plattform in Bezug auf Umwelt, Gasinfrastruktur und Wassermanagement sowie
Unterstützung der wissenschaftlichen Kommunikation zwischen den Verbundpartnern

7. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro

Verbundvorhaben H2Mare_VB2: PtX-Wind – Offshore Power-to-X-Prozesse – Teilvorhaben:
Erforschung der Offshore-Erzeugung von verflüssigtem Methan, der CO₂-Bereitstellung aus
Meerwasser, Untersuchung der H₂-Produktion mithilfe der Meerwasserelektrolyse und das
Wassermanagement auf einer Offshore Plattform

8. **Ministerium für Umwelt Klima und Energiewirtschaft Baden Württemberg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Stuttgart

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

Kommunales Abwasser als Quelle für Ammoniumstickstoff, Wasserstoff und Bioplastik - die
Bioraffinerie Büsnau

9. **BMEL**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Verbundvorhaben: Entwicklung von innovativen Konzepten zur Clusterung von
Bestandsbiogasanlagen für die Bereitstellung von Biomethan Teilvorhaben 1
Clusterermittlung und bewertung

10. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

EnEff: Stadt: HyBEST: Innovative Wasserstoff-Konzepte in Bestandsclustern; Teilvorhaben:
digitaler Zwilling Karlsruhe

11. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Verbundvorhaben "TrafoHyVe - Transformationsprozess für die Integration von Wasserstoff
auf Verteilnetzebene; Teilvorhaben: Gasnetze"

12. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

13. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Verbundvorhaben: MemKoWI - Membranverfahren zur Abtrennung von Kohlendioxid und Wasserstoff aus Industriegasen; Teilvorhaben: Prozessgasanalysen, Membrancharakterisierungen, Degradationsuntersuchungen und Unterstützung bei Auslegung der transportablen modularen Membranprüfstände

14. **BMDV**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

NIP II FuE Verbund Entwicklung und Validierung einer Wasserstoffqualitätsanalytik gemäß ISO 14687 2019

15. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Verbundvorhaben TransHyDE-LNG-Terminals: Erarbeitung einer wissenschaftlich fundierten, nachhaltigen Datenbasis und Empfehlung als Entscheidungsbasis für die zukunftsfähige und langfristige Nutzung von LNG-Terminal-Standorten als logistische Knotenpunkte für Wasserstoff und dessen Derivate Teilvorhaben DVGW-EBI

16. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Entwicklung eines Überwachungssystems für eine effiziente Erkennung von Biofouling in Umkehrosmoseanlagen

17. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Verbundvorhaben ENSURE3: Neue EnergieNetzStruktURen für die Energiewende – Teilvorhaben DVGW

18. **Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg**

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Stuttgart

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Ermittlung von Rahmenbedingungen für die Nutzung von biologisch gereinigtem Abwasser für die Wasserstoffelektrolyse - Anforderungen für die weitergehende Aufbereitung, Anfall und Behandlung von Abwasserströmen

19. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 410.001 bis 420.000 Euro

Grundwasser-Projekt ArNO: Nitratbelastung von Einzugsgebieten - Eignung der verwendeten Grundwassermessstellen zur Ermittlung der Nitratbelastung unter Berücksichtigung historisch erzeugter Nitratreinträge

20. **EU**

Europäische Union
Brüssel

Betrag: 310.001 bis 320.000 Euro

Zero pollution of Persistent, Mobile substances

21. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 270.001 bis 280.000 Euro

"WaX - Verbundprojekt TrinkXtrem: Anpassungsstrategien der öffentlichen Trinkwasserversorgung an Extremereignisse, Teilprojekt 1"

22. **EU**

Europäische Union
Brüssel

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

Climate-resilient management for safe disinfected and non-disinfected water supply systems"
Cooperation-Project

23. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

"LURCH - Verbundprojekt PFClean: Innovatives modulares System zur nachhaltigen Reduzierung von PFAS-Kontaminanten aus Boden und Grundwasser, Teilprojekt 2"

24. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

"Überwachung von neu auftretenden Krankheitserregern und Antibiotikaresistenzen in aquatischen Ökosystemen"

25. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

- Betrag:** 100.001 bis 110.000 Euro
"Kultivierung von bisher unkultivierten Mikroorganismen aus verschiedenen aquatischen Lebensräumen - TP B"
26. **BMWK-ZIM**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
"Kultivierung von Cyanobakterien und Bakteriophagen, Entwicklung von Labornachweismethoden, Verifizierung und in situ-Anwendung der Analysemethoden."
27. **BMUV**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
"Verbundprojekt: Neue Wasserressourcen und innovative Abwasserbehandlung für aride Metropolregionen am Beispiel Lima"
28. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
"Recycling von industriellen salzhaltigen Wässern durch Ionentrennung, Konzentrierung und intelligentes Monitoring, TP 8"
29. **Eu**
Europäische Union
Brüssel
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
"Enhanced In Situ Bioremediation for Contaminated Land Remediation"
30. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
"Digital GreenTech 2 - Verbundprojekt DIWA: Digitale, vernetzte und interaktive Wasserqualitätsüberwachung, ein Konzept für autonome Frühwarnsysteme zum Gewässerschutz; Teilprojekt 2."
31. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
"Wiederverwendung von Filterspülwässern aus der Grundwasseraufbereitung zur Sicherung der Trinkwasserversorgung, TP 1"
32. **BMBF**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

Verbundprojekt Zukunftstadt (Umsetzungs- und Verstetigungsprojekt): Flexible Utility - Mit sozio-technischer Flexibilisierung zu mehr Klimaresilienz und Effizienz in städtischen Infrastruktur (FLEXIBILITY) - Teilprojekt 4: Effekte dezentraler Wasserspeicher auf die Klimaresilienz von Trinkwassernetzen"

33. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

"BiodivKI: KI-gestützte Erfassung und Prognose von der Biodiversität und Wasserqualität in Trinkwasser-Reservoirien (IQ-Wasser)"

34. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

"ELARIA: Entfernungseffizienz und Risikobewertung von Antibiotikaresistenzen, Pathogenen und Fäkalindikatoren bei der weitergehenden Abwasserbehandlung (Deutsch-Israelische Wassertechnologie Kooperation."

35. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

"Nutzwasserbereitstellung und Planungsoptionen für die urbane und landwirtschaftliche Bewässerung"

36. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

"Entwicklung von molekularbiologischen Monitoringmethoden und Bioaugmentation für den aeroben Bioabbau von Chlorethenen in Grundwasser (Deutsch-israelische Wassertechnologie-Kooperation)"

37. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

"Entwicklung eines Atline-Messverfahrens zur schnellen Analyse des Gesamtzinkgehaltes in Prozessgewässern"

38. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

"ValveEar - Monitoring-Technologie für die objektive und reproduzierbare Beurteilung des Zustandes von Absperrarmaturen in Versorgungsnetzen TP: Akustische Mustererkennung für Armaturen, kleintechnische Versuche und Praxistests"

39. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Portal-Green-II - Entwicklung von Leitfäden zum Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur zur Integration erneuerbarer Energien

40. **BMWK**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 780.001 bis 790.000 Euro

Für die Transformation zu einer defossilisierten Wirtschaft ist H₂ als Energieträger, -speicher u. Element der Sektorenkopplung ein zentraler Baustein. Das vom BMWF geförderte Verbundprojekt "Normungsroadmap H₂technologien" unterstützt den H₂-Markthochlauf aktiv u. trägt bei, eine entspr. Qualitätsinfrastruktur für H₂technologien aufzubauen. Normen und Standards definieren Terminologie, Schnittstellen, Sicherheits-, System-, Qualitätsanforderungen, sowie Prüfungs- u. Zertifizierungsgrundl. u. schaffen somit ein einheitl. Verständnis über Fachbereichsgrenzen hinweg, ermöglichen die Skalierung dieser Technologie. Technische Regelsetzung unterstützt rechtssicheres Handeln und bildet die Grundl. f. belastbare wirtschaftliche Investitionen. Im Verbundprojekts wird zusammen mit Expert:innen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft ein strategischer Fahrplan erarbeitet f. eine schnelle und gezielte Erweiterung und Anpassung d. techn. Regelwerks im Bereich der H₂technologien.

41. **BMBF**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Im Wasserstoff-Leitprojekt TransHyDE, gefördert durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt aus dem Sondervermögen Energie- und Klimafonds, hat der DVGW e. V. die Projektleitung im Teilvorhaben TransHyDE-Norm übernommen. Die Projektarbeiten zu technischen Regelungsbedarfen in Bezug auf den Transport und die Speicherung von Wasserstoff sind offiziell am 31.03.2025 beendet worden!

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

22.190.001 bis 22.200.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[GuV_Bilanz-2024-LobbyRG2024.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[Compliance-Verhaltenskodex-DVGW_Dezember-2022_final.pdf](#)